

Jugend will politisch bewegen und das vor allem digital

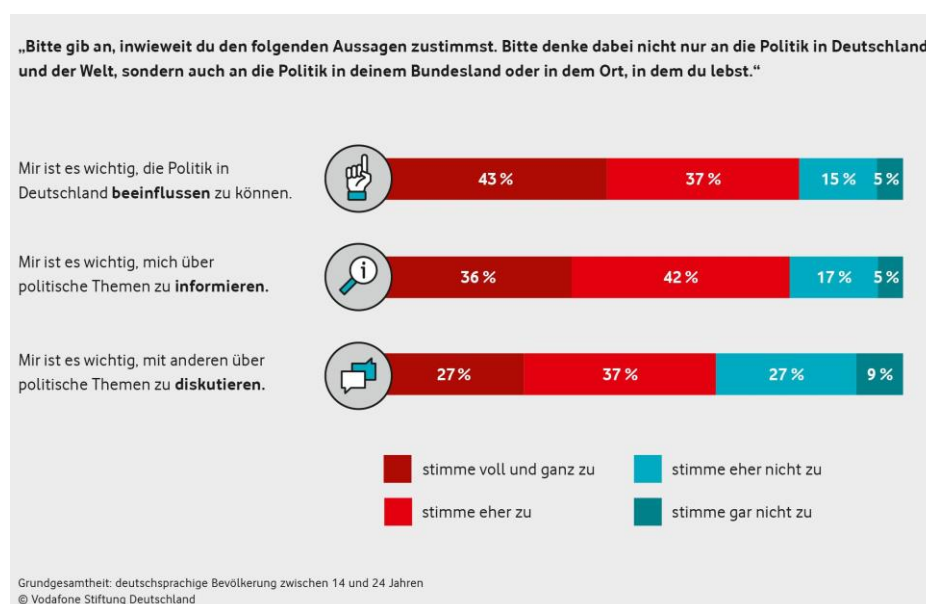
Jennifer Ehm • Lars Thies

Junge Menschen wollen Politik beeinflussen. Das ist spätestens klar seit sie im Rahmen von »Fridays-for Future« zu hunderttausenden auf die Straße gingen – und es diesen Herbst auch wieder tun werden – um für Klimaschutz einzutreten. Während und nach der Krise ist eine stärkere Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen vielleicht notwendiger denn je. Wie geht es weiter mit der digitalen Ausstattung von Schulen? Welche Perspektiven haben Ausbildungssuchende und Berufseinsteiger in der Krisenzeit? Wie werden Studierende finanziell jetzt und zukünftig abgesichert? Und inwiefern werden Klimaschutz und Nachhaltigkeit in den staatlichen Rettungspaketen berücksichtigt? Bei all diesen Fragen geht es um nicht weniger als um die Zukunft der jungen Generation.

Doch welche Perspektive haben junge Menschen selbst auf politische Beteiligung? Wie beurteilen sie ihre Beteiligungsmöglichkeiten, welche nutzen sie aktiv und welche wünschen sie sich für die Zukunft? Zu diesen Themen hat die Vodafone Stiftung im Mai 2019 mehr als 2000 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 24 Jahren für die Studie »Jugend will bewegen« befragt.

Junge Menschen wollen mitbestimmen, fühlen sich von der Politik aber nicht gut vertreten

Die Ergebnisse der Befragung belegen das politische Interesse und den politischen Beteiligungswillen junger Menschen. 80 Prozent der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es wichtig oder sehr wichtig,

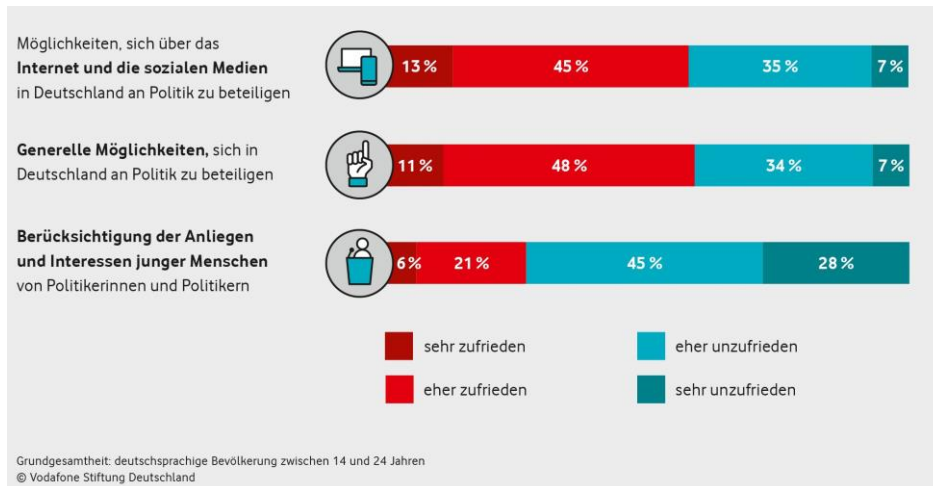


Einfluss auf die Politik in Deutschland zu nehmen. Ebenso legen die meisten jungen Menschen Wert darauf, sich politisch zu informieren (78 Prozent) und mit anderen über politische Themen zu diskutieren (64 Prozent) (→ Abbildung 1).

Abbildung 1: Bedeutung von politischer Einflussnahme, Information und Diskussion

Da die Demokratie vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt, sollte der politische Gestaltungswille junger Menschen ernst genommen und gefördert werden.

Die vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten werden von jungen Menschen in der Befragung mehrheitlich positiv bewertet. Über die Hälfte (59 Prozent) ist zufrieden oder sehr zufrieden mit den generellen Möglichkeiten,



sich in Deutschland an Politik zu beteiligen. Fast ebenso viele (58 Prozent) mit den Möglichkeiten dies über das Internet oder soziale Medien zu tun (→ Abbildung 2).

Abbildung 2: Zufriedenheit mit Beteiligungsmöglichkeiten und der Berücksichtigung von Interessen junger Menschen durch die Politik

Trotzdem fühlt sich die große Mehrheit der befragten jungen Menschen von der Politik nicht ernst genommen. Drei von vier (73 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen sehen die Angelegenheiten und Interessen junger Menschen in der aktuellen Politik nur unzureichend repräsentiert. Gut ein Viertel (28 Prozent) ist – unabhängig von Alter, Geschlecht oder Bildungsstand – sogar sehr unzufrieden damit, wie die Politik ihre Anliegen und Interessen aufgreift. Reden junge Menschen und die Politik aneinander vorbei? In gewisser Weise ja.

Das Internet ist der zentrale Ort für die politische Meinungsäußerung junger Menschen

In der Befragung gibt die Mehrheit (62 Prozent) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an, sich online politisch zu äußern. 42 Prozent teilen oder liken hierzu Beiträge zu politischen Themen, 20 Prozent kommentieren politische Posts. Ebenso wird in geschlossenen Gruppen über Politik diskutiert: 39 Prozent der befragten 14- bis 24-Jährigen geben an, in den vergangenen zwölf Monaten Messengerdienste wie WhatsApp oder Telegram für politische Diskussionen im Freundes- oder Familienkreis genutzt zu haben. Allgemein spielen private Messengerdienste hier eine wichtige Rolle für junge Menschen, denn 54 Prozent der Befragten, die sich online politisch äußern, geben diese als bevorzugte Plattform für Online-Meinungsäußerungen an. Zudem sind die Formate der Meinungsäußerung vielfältiger geworden. Jugendliche und junge Erwachsene haben die Möglichkeit, beispielsweise durch die Teilnahme an Demonstrationen, Flashmobs oder den Verzicht auf bestimmte Produkte ihren Anliegen und Interessen Ausdruck zu verleihen. Auch das Internet eröffnet neue Wege sich auf kreative Art und Weise an der politischen Diskussion zu beteiligen, z. B. durch Blogs, Memes oder YouTube-Videos.

Der vielfältigen politischen Meinungsäußerung junger Menschen online steht der Willensbildungsprozess in politischen Parteien gegenüber, der stark von Präsenz in Ortsvereinen, auf Parteitagen und anderen Events geprägt ist, der in den meisten Fällen nur Parteimitgliedern zugänglich ist und der am ehesten auf Berichterstattung in klassischen Medien reagiert.

Junge Menschen nutzen eine Vielzahl an Beteiligungsmöglichkeiten online und offline

Ihren Wunsch nach politischer Einflussnahme setzen junge Menschen über formale Verfahren oder informell online ebenso wie offline um. An erster Stelle steht die Teilnahme an Wahlen. Von den 18- bis 20-Jährigen geben 58 Prozent an, in den letzten zwölf Monaten an Wahlen teilgenommen zu haben. Bei den 21- bis 24-Jährigen sind es 55 Prozent. Rund jeder achte Jugendliche (13 Prozent) hat im vergangenen Jahr an Demonstrationen oder anderen Protestaktionen teilgenommen. Ein geringer Anteil engagierte sich in einer Initiative, Organisation oder in einem Verein (6 Prozent) oder nahm offline Kontakt zu Politikerinnen und Politikern auf (5 Prozent). Nur ein kleiner Teil der Befragten arbeitet kontinuierlich in einer Jugendorganisation (4 Prozent) oder einer Bürgerinitiative (2 Prozent) mit. Immerhin drei Prozent der befragten jungen Menschen sind nach eigenen Angaben Mitglied einer Partei und damit mehr als im Durchschnitt der Bevölkerung, der bei 1,7 Prozent liegt (Niedermayer, 2019).

Online engagieren sich junge Menschen vor allem gezielt für bestimmte Themen. 28 Prozent berichteten in der Befragung in den vergangenen zwölf Monaten an einer Unterschriftenaktion von Organisationen wie Avaaz oder Change.org teilgenommen zu haben. Rund ein Viertel hat an einer Online-Petition auf Bundes- oder Landesebene teilgenommen. Dass das Internet politisch aktivierend wirken oder zumindest die Hürden für die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten senken kann, zeigt sich am Vergleich mit Offline-Unterschriftenaktionen und -petitionen. Diese wurden in dem gleichen Zeitraum nämlich zusammen nur von 20 Prozent der Befragten und damit von deutlich weniger jungen Menschen genutzt. Von der Möglichkeit, eine Politikerin oder einen Politiker über E-Mail oder soziale Medien zu kontaktieren, machten in den vergangenen zwölf Monaten sechs Prozent der Befragten Gebrauch. Ebenfalls sechs Prozent wandten sich online an ein Amt oder eine Behörde und legten Beschwerde ein und fünf Prozent tätigten eine Spende über soziale Medien.

Das Internet ist für junge Menschen damit nicht nur zu einem Ort der politischen Meinungsäußerung, sondern auch der politischen Partizipation geworden. Allerdings fehlt es online Beteiligungsmöglichkeiten, die für die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung eine bindende Rolle spielen. Ausnahme dabei sind die Petitionen, die auch online gezeichnet werden können. Zudem ist das häufig themengebundene Engagement junger Menschen nur eingeschränkt kompatibel mit der Funktionslogik der Parteien, die in der Regel ein Bekenntnis zu einer bestimmten politischen Richtung unabhängig von Einzelthemen voraussetzt. Eine Möglichkeit sich als eine Person in verschiedenen Parteien für Klimaschutz einzusetzen, beim Thema Steuern liberal, aber beim Thema Verkehr Umweltschutz grün zu sein, ist nicht vorgesehen.

Digitale und themenbezogene Beteiligungsmöglichkeiten für die Zukunft ausbauen

Die Unzufriedenheit junger Menschen mit der Berücksichtigung ihrer Interessen in der Politik sollte ein Warnsignal sein. Eine Demokratie kann es sich nicht leisten auf die Stimme und die Expertise junger Menschen zu verzichten. Ihr politisches Engagement sollte vielmehr stärker gefördert werden.

Dazu sollten zum einen digitale Beteiligungsmöglichkeiten an formalen politischen Prozessen erweitert werden. Für die Generationen Y und Z sei der digitale Lebensalltag so selbstverständlich, dass sie vor allem dessen Abwesenheit bemerken – und den befragten 14- bis 24-Jährigen müsse ein Wahlzettel aus Papier fast anachronistisch erscheinen, schreibt Marcus Spittler vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in seinem Vorwort zu der Befragung. Tatsächlich sehen viele Jugendliche und junge Erwachsene bereits jetzt Vorteile in der Online-Partizipation. So geben z. B. 68 Prozent der Befragten an, sich besser online und über soziale Medien als offline mit anderen organisieren zu können, um politisch aktiv zu werden.

Die Schaffung oder der Ausbau digitaler Beteiligungsmöglichkeiten findet daher unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch breiten Zuspruch. 85 Prozent von ihnen ist die Einführung bzw. der Ausbau von Online-Bürgerbeteiligung sehr oder eher wichtig. Damit sind Bürgerforen, Bürgerdialoge oder ähnliche Verfahren gemeint, in die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinungen und Ideen zu bestimmten Themen einbringen können.

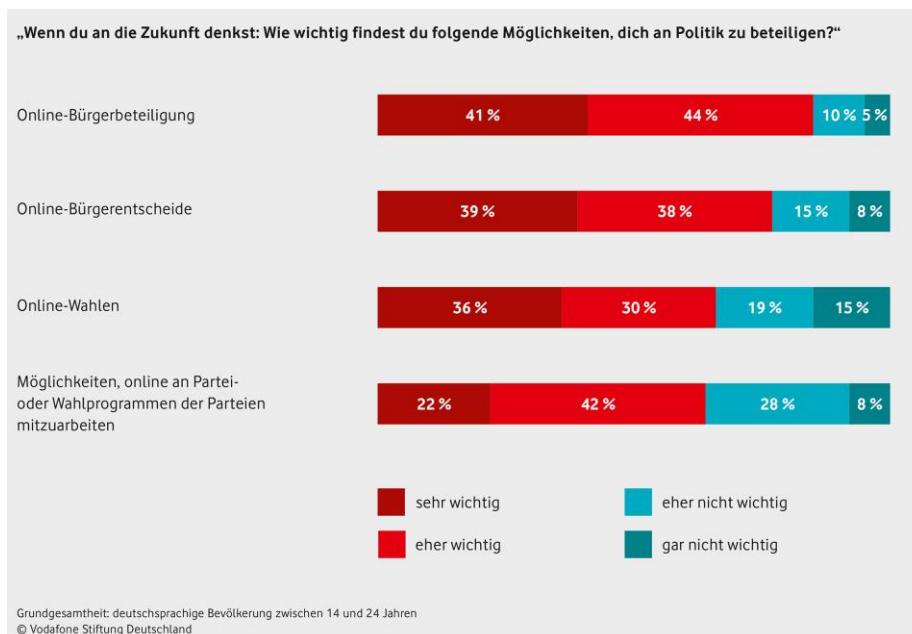


Abbildung 3: Bewertung zukünftiger digitaler Partizipationsmöglichkeiten

Der Vorschlag, Bürgerentscheide auch online abzuhalten, findet mit 77 Prozent ebenfalls viel Zustimmung. Zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) würden gerne online wählen können und fast ebenso viele (64 Prozent) fänden es gut, online an Wahl- oder Parteiprogrammen mitarbeiten zu können, was in einigen Parteien auch bereits möglich ist (Abbildung 3).

Ebenso wichtig wie der Ausbau der formalen digitalen Beteiligungsstrukturen ist es, die politischen Diskussionen online und offline besser miteinander zu verzahnen. Parteien, die (noch immer) die zentrale Institution sind, um effektiv politischen Einfluss auszuüben, könnten und sollten dabei eine zentrale Rolle spielen. Dabei reicht es nicht aus, die Kommunikation der Partei nach außen zu digitalisieren. Vielmehr sollten Parteien ihre Debatten für die aktive Online-Beteiligung auch von Nicht-Mitgliedern öffnen und Themen und Anregungen von außen in die innerparteiliche Willensbildung integrieren.

Die aktuelle Zeit mit all ihren Herausforderungen bietet hier wie für andere Veränderungsprozesse auch eine Chance. Die Erfahrungen während der Pandemie können der Entwicklung von Online-Formaten für die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung Schwung zu verleihen. Politische Beteiligungsmöglichkeiten, die auf persönlicher Präsenz basieren - wie die Arbeit in den Ortsvereinen der Parteien oder Abstimmungen - lassen sich derzeit nur eingeschränkt realisieren. An deren Stelle treten oft aus der Not geborene digitale Formate - bis hin zum ersten digitalen Parteitag. Darin liegt eine Chance, junge Menschen zu aktivieren und die wahrgenommene Distanz zwischen ihnen und der Politik zu verringern. Voraussetzung ist, dass Parteien und Regierung die provisorischen digitalen Formate (mit Unterstützung der Jugend!) dauerhaft in zugänglichere und offenere Beteiligungsmöglichkeiten überführen, die der Lebenswirklichkeit der »Digital Natives« näherkommen. Es liegt dann an den jungen Menschen selbst, diese Formate zu nutzen um politisch etwas zu bewegen.

Literatur

Niedermayer, O. (2019), Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 30; Freie Universität Berlin.

Hinweis

Sofern nicht anders angegeben, entstammen alle Zahlenangaben der Studie »Jugend will bewegen« der Vodafone Stiftung. Die gesamte Studie mit detaillierten Unterscheidungen nach Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund finden Sie zum Download unter: <https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/06/Vodafone-Stiftung-Deutschland-Studie-Jugend-will-bewegen.pdf>

Autor/in

Jennifer Ehm beschäftigte sich in ihrer Bachelorarbeit mit dem Potenzial von Hochschulen als Ort der Mobilisierung junger Wahlberechtigter. Nach dem erfolgreichen Abschluss ihres Studiums im Fach International Relations and Management an der OTH Regensburg führte sie ihr Weg nach Berlin, wo sie aktuell die Arbeit der Vodafone Stiftung im Bereich Programme und Think Tank unterstützt.

Lars Thies studierte Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und leitet aktuell den Think Tank der Vodafone Stiftung und das Projekt Klickwinkel. In seiner Arbeit beschäftigt er sich vor allem mit der Frage, wie das Bildungssystem notwendige Kompetenzen für die Teilhabe an einem digitalen Arbeitsmarkt und einer zunehmend digitalen Gesellschaft vermitteln kann.

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de